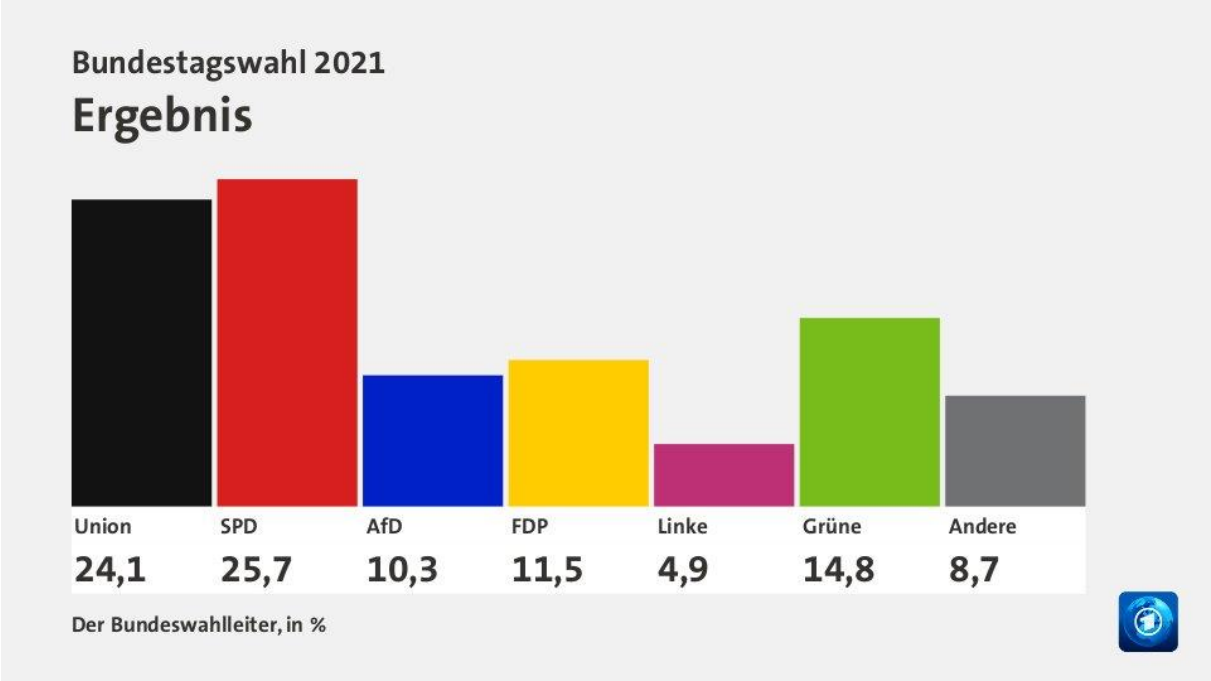
MACHTWECHSEL IN DEUTSCHLAND

Von Marek Szczęsny

Am 26. September wurde die Bundestagswahl abgehalten. Fast 47 Millionen Deutschen sind zu Abstimmungslokalen gegangen, um über Zukunft Deutschlands zu entscheiden – in anderem Wörter haben 76.6% der dazu berechtigten in Wahl teilgenommen. Jeder Wähler hatte zwei Stimmen – mit der Erststimme wurde Wahlkreisabgeordnete durch Direktwahl gewählt und der Zweitstimme dient dazu, die Landesliste einer Partei zu wählen. Die Ergebnisse haben niemanden erstaunt – schon seit Anfang des Jahres sind Sondierungen von Union (CDU/CSU) heruntergegangen zugunsten der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und der Grünen (Bündnis 90/Die Grünen). SPD hat der größte Teil der Stimmen bekommen, Union hatte ein wenig schlechter Ergebnis. Die Grünen waren deutlich die größten Gewinner dieser Wahl, als Befürwortung für ihnen von letzter Wahl um 5.9 Prozent Punkte gewachsen ist. Unten sind genaue Ergebnisse sichtbar:



Obwohl die Wahl schon im September stattgefunden hat, formulierte neue Regierung erst am 7. Dezember, wenn der Ampelkoalitionsvertrag zwischen SPD, Grüne und FDP unterzeichnet wurde. Mittlerweile wurden die Verhandlungsreden geführt. Am 8. wurde vom Bundestag neuen Kanzler Olaf Scholz und sein Kabinett gewählt. Sieben Ministerien plus Kanzleramt kamen der SPD zu, fünf der Grünen und vier der FDP. Die Parteien, die die neue Regierung bilden, sind liberal und progressiv. Hier ist, was der Koalitionsvertrag über manchen ihrer Pläne sagt: grundgesetzliche Schuldbremse sollen seit 2023 wieder eingehalten werden. Der Ausstieg aus dem Kohl soll auf 2030 statt 2038 vorzogen werden und klimatische Neutralität soll eine Priorität für neue Bundesregierung sein. Gesetzlicher Mindestlohn soll von 9,60€ auf zwölf Euro erhöht werden. Der Wohnungsmarkt soll auch gepflegt werden: pro Jahr sollen 400.000 neue Wohnungen gebaut werden und auch die Mietpreisbremse sollen in manchem Gebieten verringert werden. Das Wahlalter wird auch von 18

auf 16 Jahre zu senken geplant, aber dazu braucht man das Grundgesetz zu verändern. Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche soll vollkommen abschaffen werden. Auch die Einbürgerung soll vereinfacht werden – nach fünf Jahren in Regel und nach drei unter besonderen Bedienungen.

Schon bekannt ist auch Einstellung der Ampel-Regierung bezüglich Europäische Gemeinschaft. Es wurde betont, dass neue Regierung in der Zusammenarbeit mit allen europäischen Freunden mit Krisen wegkommen will. Und es gibt viel wegzukommen – erstens ist der Staat von Coronavirus am schwersten seit Anfang der Pandemie betroffen; zweitens steigen die Preise immer höher und Inflation hat erstmals von fast 30 Jahren Höhe von 5% erreicht; drittens gibt es die schnell ansteigenden Mietpreise und Mangel auf Wohnungsmarkt. Diese sind nur manche von inneren Problemen, wir sollten aber nicht über die Herausforderungen von Ausland vergessen. Neue Regierung will die Europäische Union verstärken und mit neuen Aufgaben befassen. Gut, denn es gibt riesige Umstände, mit denen man am effektivsten in Gemeinschaft mit Verbündeten hinwegkommen kann. Angespannte Situation an ukrainischer Grenze; der Druck auf europäischen Gasmarkt, der die Strompreise beeinflusst; Migrationskrise auf Polens Grenze, die künstlich von Lukaschenko erzeugt wurde – alle diese Krisen betreffen derselbe Staat an – Russland. Es gibt aber viele mehr Opponenten auf internationale Arena: China, Iran, Afghanistan. Und als ob es noch nicht reichte, haben wir Probleme auf dem unseren eigenen europäischen Hof. Ungarn und Polen, deren Regierungen europäische Werte ablehnen und in offenen Kampf mit EU eintreten, sollen entsprechend behandeln werden, um eine konkrete Grenze gegen solches Verhalten zu stellen, aber ohne ihrige Bürger (die, muss man hervorheben, großen Anklang für EU haben) zu bestrafen. Um gegen gegenwärtige Probleme dieser Welt zu kämpfen, muss Europa vereinigt sein und mit einer Stimme sprechen.

Wie der Besuch von neuem Kanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock zeigte, bleibt Polen ein wichtiger Partner für Deutschland. Allerdings wird es immer schwerer Partnerschaft angesichts der Maßnahmen von PiS-Regierung. Die Kriegsentschädigungsforderungen verschlechtern dieses Verhältnis wesentlich, aber das ist ein Thema für einen anderen Beitrag. Scholz hob auch hervor, dass seine Regierung Rechtsstaatlichkeit verteidigen will, was auch einen Zankapfel mit polnischer Regierung wird. Es gibt auch die Sache von Nord Stream 2, deren Eröffnung ein großes Erpressungswerkzeug dem Russland geben könnte und derentwegen steht Deutschland unter Druck von anderen Verbündeten insbesondere in Zeiten von Krise auf Ukraine Grenze. Auch in Thema der europäischen Integration gehen Meinungen der polnischen und deutschen Regierungen auseinander. Während Ampel-Koalition nach föderalem europäischem Staat streben will, spricht PiS-Regierung von einer Utopie und setzt sich für „Europa der Heimatländer“ ein.

Deutsche Regierung rüstet sich, um Deutschland durch schwierige Zeiten zu führen und stärker zu machen. Nach 16-jährige Ära von Angela Merkel kann neue Regierung einen Schock für manche im Ausland und im Inland sein, aber viel verweist darauf, dass es entsprechende Mannschaft für Deutschland ist. Nur Zeit will es vorweisen.